

Reflektierte Meinungsbildung

Institutionalisierte Bürgerdiskussionen könnten auch die Schweizer Demokratie stärken. Von Jürg Steiner

Gute Demokratie kann nicht nur darin bestehen, dass Bürger an Wahlen teilnehmen. Sie müssen breiter an der Politik beteiligt sein, vor allem am Anfang von politischen Entscheidungsprozessen, wenn die Probleme formuliert werden. Idealerweise geschieht das über politische Parteien und Verbände. Dabei engagieren sich aber in der Regel nur Aktivisten und nicht gewöhnliche Bürger. Es ist aber notwendig, dass die allgemeine Volksmeinung bereits am Anfang eines Entscheidungsprozesses zur Geltung kommt, und zwar nicht bloss durch die üblichen Meinungsumfragen, sondern in vertiefter Form. In dieser Hinsicht gibt es in manchen Ländern, zum Beispiel in Kanada und Australien, beachtenswerte Versuche, Demokratie partizipativer zu machen. Beeindruckend ist etwa ein vom Parlament der Region Toskana soeben beschlossenes Gesetz zur vermehrten Beteiligung der Bürger an der Politik der Region und der lokalen Einheiten.

Argumente statt Positionen

Die Toskana hat bereits eine vierjährige Versuchsperiode hinter sich, die so erfolgreich war, dass das regionale Parlament Geld für eine weitere Dreijahresperiode gesprochen hat. Dabei handelt es sich um eine beträchtliche Summe, 850 000 Euro pro Jahr. Bemerkenswert ist, dass alle öffentlichen Projekte von einer gewissen Bedeutung obligatorisch von Bürgern vorbesprochen werden müssen. Noch bemerkenswerter ist, dass dieses Obligatorium auch für bedeutsame private Projekte gilt, etwa für eine grosse touristische Überbauung. Kleinere öffentliche und private Projekte können freiwillig einer Bürgerdiskussion unterstellt werden, wobei es hierfür eine finanzielle Unterstützung gibt. Die Projekte werden in kleinen Gruppen besprochen, wobei von zentraler Bedeutung ist, dass die Gruppen nicht von Aktivisten beherrscht werden, sondern repräsentativen Charakter haben. Die Gruppendiskussionen werden von gut ausgebildeten Moderatoren geleitet, die darauf achten, dass die Grundsätze des deliberativen Modells von Demokratie befolgt werden. Das bedeutet insbesondere, dass alle Teilnehmer sich frei aussprechen können, Argumente gut begründet werden und anderen Argumenten Respekt gezollt wird.

Wenn Projekte wie in der Toskana einer Deliberation von Bürgergruppen unterstellt werden, sind die Ergebnisse anders als bei den üblichen Meinungsumfragen. Einfache Bürger sind nämlich eher bereit als Politiker, ihre Meinungen aufgrund von guten Argumenten zu ändern. So ergibt sich oft am Schluss von derartiger Deliberation ein anderes Meinungsbild als am Anfang. Die Teilnehmer werden neuen Informationen und anderen Argumenten ausgesetzt und haben damit eher die Möglichkeit zu reflektierter Meinungsbildung – was gegenüber Meinungsumfragen auch die demokratische Legitimität erhöht.

In praktischer Hinsicht sieht das Gesetz in der Toskana vor, dass die Bürgergruppen höchstens 90 Tage diskutieren können, so dass sich nicht arge Verzögerungen in den politischen Entscheidungsabläufen ergeben. Nach Abschluss ihrer Arbeiten übergeben die Gruppen ihre Empfehlungen den politischen Behörden. Dabei ist nicht erforderlich, dass sich diese Empfehlungen auf einen Gruppenkonsens stützen; für die Behörden ist auch wichtig zu erfahren, wie einig sich die Gruppen sind und welche Konfliktlinien sich ergeben. Aufgrund

des neuen Gesetzes sind die Behörden verpflichtet, die Empfehlungen der Bürgergruppen ernst zu nehmen. Die Empfehlungen werden denn auch publiziert, womit sich eine öffentliche Diskussion ergibt.

Eine Art Vernehmlassungsverfahren

Nach Schweizer Lesart handelt es sich bei diesen Bürgerdiskussionen um eine Art Vernehmlassungsverfahren. Obschon die Behörden die Empfehlungen ernst nehmen müssen, sind sie in ihrer Entscheidungsfindung frei. Verantwortlichkeiten sind somit klar abgegrenzt, und die Behörden können weiterhin in dem gegebenen institutionellen Rahmen handeln. Ziel ist eine politische Kultur der Partizipation, der Transparenz und der verstärkten sozialen Kohäsion. Weil politische Deliberation gelernt werden muss, ist in der Toskana auch vorgesehen, dass sich Schulen für Projekte zu Deliberation bewerben können und dafür inhaltliche und finanzielle Unterstützung erhalten.

Projekte wie in der Toskana sollten auch in der Schweiz Eingang finden. Wohl können hier die Bürger nicht nur an Wahlen teilnehmen, sondern haben auch die Möglichkeit, mit Initiativen und Referenden politisch aktiv zu werden. Beim Vernehmlassungsverfahren, wo oft die Weichen in vielen Einzelfragen gestellt werden, können sich die Bürger aber kaum wesentlich einschalten. Durch vorgelagerte Bürgerdiskussionen könnte nicht nur die Demokratie vertieft werden, es ergäben sich auch Kosteneinsparungen, indem manche Fehlplanung verhindert würde. Anstatt am Schluss eines Entscheidungsprozesses nach der Volksabstimmung vor einem Scherbenhaufen zu stehen, könnten die Behörden frühzeitig erfahren, was die Bürger denken, wenn sie sich genügend mit einer politischen Frage beschäftigt haben.

.....
Jürg Steiner ist em. Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bern, Autor von *Foundations of Deliberative Democracy*, externer Experte des Toskaner Projektes.